



Die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen

Millionen Menschen gehen jeden Abend hungrig schlafen und wissen kaum, wie sie den nächsten Tag überstehen sollen. Sie leben in extremer Armut, ohne Rechte und sind fast immer an den Rand ihrer Gesellschaft gedrängt. Dass bis heute ungefähr jeder sechste Erdbewohner unter derartig unsicheren Umständen leben muss, widerspricht allen Ansprüchen von Menschenwürde und Menschenrechten. Deshalb ist es ein zentrales Anliegen der Vereinten Nationen (UN), Notleidenden zu helfen, sie aus dem größten Elend zu befreien und ihnen dauerhaft bessere Lebensverhältnisse zu ermöglichen. Den im Jahre 2000 vereinbarten Millenniums-Entwicklungszielen kommt dabei eine besondere Rolle – als einem konkreten Maßstab von Entwicklung – zu.

1. Einführung

Schon die UN-Charta verpflichtet die Mitgliedstaaten „den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern“ (Präambel). Armut und Elend zu bekämpfen, allen Menschen ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen, zählt neben der friedlichen Koexistenz gewissermaßen zu den Kernanliegen der Weltorganisation. Diesem Ziel haben sich die UN von Beginn an verschrieben und damit vor allem den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) betraut, dessen 54 Mitglieder das zentrale Forum für alle Fragen rund um soziale und wirtschaftliche Entwicklung bilden. Diesem Pendant zum Sicherheitsrat – auch wenn die faktische Bedeutung beider Gremien unterschiedlich ist – wurden im Laufe der Zeit eine Reihe von Sonderorganisationen und Spezialorganen unter- oder beigestellt: etwa das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), das Welternährungsprogramm (WFP), das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen

(UNPFA), die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und einige mehr. In der Regel widmen sich diese Institutionen jeweils einem bestimmten entwicklungspolitischen Thema – Kindern, Flüchtlingen, Frauen, Umwelt usw. –, gemeinsam jedoch bilden sie ein dichtes Netz, das den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt der Völkergemeinschaft fördern soll. Trotz dieser immer weiter verzweigten „UN-Familie“ mit Organisationen und Programmen, die sich in den sechs Jahrzehnten seit Gründung der Vereinten Nationen gebildet haben, und trotz einer vor allem in den siebziger Jahren hitzigen Debatte über eine Neue Weltwirtschaftsordnung (aus der nichts wurde), hat sich die Kluft zwischen den Wohlhabenden und den Habenichtsen bis in unsere Zeit hinein weiter vertieft: Im Jahr 1995 zum Beispiel verfügte das reichste Fünftel der Weltbevölkerung über mehr als 80 Prozent, das ärmste Fünftel über nur 1,4 Prozent des Welteinkommens. In dreißig Jahren war deren Anteil von ehemals 2,3 Prozent sogar noch gefallen, ihre Lage damit ungünstiger als in der Nachkriegszeit (UNDP-Bericht

1996). Um dieses Missverhältnis umzukehren, hat UN-Generalsekretär Kofi Annan die Jahrtausendwende zum Anlass genommen, eine Reihe von Entwicklungszielen vorzuschlagen und sie mit konkreten Indikatoren und Zieldaten zu versehen. Deren Erfüllung würde die übelsten Missstände auf der Welt beseitigen helfen. Wegen ihrer besonderen Anfangsgeschichte und ihres historischen Zeitpunkts wurden sie „Millenniums-Entwicklungsziele“ (Millennium Development Goals, MDGs) genannt.

2. Entstehungsgeschichte

Aus der Erkenntnis heraus, dass Armut, abgesehen vom persönlichen Leid und der generellen Ungerechtigkeit, als Massenphänomen auch sozialen Sprengstoff in sich birgt, haben die Vereinten Nationen im Jahr 1995 den ersten „Weltgipfel für soziale Entwicklung“ einberufen. Die Erwartungen an das Treffen von Kopenhagen waren hochgesteckt, weil die soziale Krise damals als Zeitbombe mit unübersehbaren Folgen galt. Der Arbeitsauftrag an die Konferenz verlangte daher nicht weniger, als ein Konzept der „menschlichen Sicherheit“ zu entwerfen und Schritte zur möglichst raschen Beseitigung der Armut einzuleiten. Doch der Gipfel verlief ebenso kontrovers wie der Vorbereitungsprozess. Verabschiedet wurden am Ende die „Kopenhagener Erklärung“ und das „Aktionsprogramm des Weltgipfels für soziale Entwicklung“. Erstere enthielt zehn allgemeine Verpflichtungen, zu denen die Armutsbekämpfung ebenso gehörte wie die Vollbeschäftigung oder die Gleichstellung von Männern und Frauen. Allerdings scheiterten alle Bemühungen, konkrete Ziele, Zeitvorgaben oder festumrissene Nachfolgeprozesse im Aktions-

programm zu verankern, so dass von der Konferenz außer gut gemeinten Absichtserklärungen wenig blieb.

Einen Vorstoß in die Richtung konkreter Zielsetzungen unterbreitete UN-Generalsekretär Kofi Annan kurz vor der Jahrtausendwende, als er die Weltgemeinschaft in seinem Bericht „Wir, die Völker...“, dazu aufforderte, eine neue Ära der Zusammenarbeit einzuläuten. Den Bericht wollte Annan als Agenda für ein neues Jahrtausend, als Kompendium unerledigter Aufgaben verstanden wissen. Er enthielt neben sicherheits- und umweltpolitischen Aspekten auch Pläne für eine Reform der Weltorganisation sowie klare Ziele zur Überwindung von Armut und Not. Annan begnügte sich nicht mit allgemeinen Formeln, wie sie seit Jahrzehnten in den UN gang und gäbe waren, sondern versuchte, die Regierungen der Mitgliedstaaten auf einen Zeitplan festzulegen. Zu lange hatte sich die Staatengemeinschaft in Leerformeln, Absichtserklärungen und unverbindliche Übereinkünfte geflüchtet. Zu unverbindlich waren selbst konkrete Ziele wie jenes, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes eines Landes für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben – ein Ziel, das bereits in einer Resolution der UN- Generalversammlung (A/RES/2626, XXV) vom 24.10.1970 auftauchte, aber bis Ende der neunziger Jahre nur von einer Handvoll Staaten eingehalten wurde. Kurz: Man wollte das historische Datum für feste Pläne und einzuhaltende Verpflichtungen nutzen. Deshalb wurde der umfangreiche Bericht auch gleich mit klaren Aufforderungen angereichert; am Ende folgte eine Art Vorlage für eine Gipfelerklärung, in der zum Beispiel stand, die Völkergemeinschaft solle die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen bis zum Jahr 2015 halbieren.

Tatsächlich folgte ihm die Staatengemeinschaft in seltener Einmütigkeit mit der so genannten „Millenniums-Erklärung“ vom Herbst 2000. Darin übernahmen die anwesenden Staats- und Regierungschefs einen guten Teil der Vorgaben und versprachen unter anderem, mehr für die Ärmsten und Unterprivilegierten zu unternehmen, die Umwelt zu schützen,

mehr Kindern eine Schulbildung zu ermöglichen, HIV/Aids zu bekämpfen, die Müttersterblichkeit zu senken und vieles mehr. Zwar besitzt auch diese Resolution der Generalversammlung keine rechtliche Bindewirkung, sie entfaltete fortan aber schon wegen des historischen Datums eine ungeheure Symbolkraft. „Sie stellt den Konsens dar, den die Staaten der Weltgemeinschaft auf höchster politischer Ebene bei der Behandlung der drängenden politischen Fragen der Gegenwart und der Zukunft gefunden haben. Damit ist sie das bedeutendste multilaterale politische Dokument der letzten Jahre“, resümiert zum Beispiel das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Aus der Millenniums-Erklärung destillierten die UN ein Jahr später einen „Kompass“ (Road Map) zur Umsetzung deren Inhalts. Dort aufgeführt waren im Anhang acht Ziele aus dem Entwicklungs- und Umweltkapitel, die größtenteils bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollten. Es war eine Auswahl, die Annan getroffen hatte; aus der eine Art Prioritätenliste entstand. Andere Ziele seien deshalb nicht obsolet geworden, schrieb Annan gleich dazu, aber diese acht sollten zusammen ein Umfeld schaffen, um nachhaltige Entwicklung und den Kampf gegen Armut zu begünstigen. Diese Liste wurde wenig später bekannt als die „Millenniums-Entwicklungsziele“ – eine Liste, die inzwischen jeder kennt, der am Ausgleich zwischen Nord und Süd interessiert und dem Entwicklungspolitik ein besonderes Anliegen ist. Für den Generalsekretär selbst stellen sie das Herzstück seiner politischen Agenda dar, denn er fühlt sich vielleicht mehr als mancher seiner Vorgänger den armen Staaten verpflichtet.

3. Die Ziele im Einzelnen

Ziel 1. Extreme Armut und Hunger bekämpfen: Als Kernziel soll die Zahl jener, die am Tag mit weniger als einem Dollar auskommen müssen (und die nach UN-Definition als extrem arm gelten) bis zum Jahr 2015 auf die

Hälfte reduziert werden. Da diese Zahl im Referenzjahr 1990 bei etwa 1,3 Milliarden Menschen lag, wäre das Ziel erreicht, wenn es in zehn Jahren „nur“ noch 600 bis 700 Millionen extrem Arme auf der Welt gäbe. Einkommen ist aber nur ein Indikator für Elend und Not. Ein anderer ist Unterernährung: Deshalb will man auch dem Phänomen Hunger, das es leider immer noch zu oft gibt, obwohl Lebensmittel in ausreichender Menge für alle Menschen zur Verfügung stünden, energischer zu Leibe rücken. Im Jahr 2015 soll es nicht mehr 800 bis 900 Millionen Menschen geben, die nicht ausreichend zu essen haben, sondern „lediglich“ halb so viele.

Ziel 2. Grundschulbildung für alle: Obwohl die Einschulungsraten im vergangenen halben Jahrhundert enorm gestiegen sind, ist das Ziel, dass alle Mädchen und Jungen in einer Schule lesen und schreiben lernen, bisher nicht erreicht. Mehr als 110 Millionen Kindern blieb dieses Privileg auch Ende der neunziger Jahre noch versagt. Die allermeisten davon (97 Prozent) lebten in Entwicklungsländern, fast zwei Drittel waren Mädchen. Und dort, wo inzwischen mehr Kinder lernen dürfen, wird die Grundschule oft nicht abgeschlossen oder die Qualität des Unterrichts lässt zu wünschen übrig. Bildung ist aber nicht nur ein individuelles Grundrecht. Ohne sie lässt sich der Armutsfalle auch gesellschaftlich kaum entkommen, weil Bildung Voraussetzung für mehr wirtschaftliche Produktivität ist. Grundschulbildung bis 2015 sicherzustellen, bleibt deshalb eine zentrale Herausforderung, vor allem in den Entwicklungsländern.

Ziel 3. Gleichstellung von Männern und Frauen: Fast nirgendwo auf der Welt haben Frauen in der Realität die gleichen Rechte, den gleichen Zugang zu Bildung, Beruf, Einkommen oder Grundbesitz. Besonders eklatant aber ist die Benachteiligung in vielen Entwicklungsländern. Deshalb lautet eines der Ziele, das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundar-schulbildung bis 2005 zu beseitigen, auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015.

Ziel 4. Kindersterblichkeit

verringern: Etwa 11 Millionen Kinder unter 5 Jahren starben im Jahr 2000, obwohl es Abhilfe gegeben hätte. Zwischen 1990 und 2015 soll die Sterblichkeitsrate deshalb gerade in dieser Altersgruppe um zwei Drittel sinken. Erreichen möchte man dies durch bessere Basis-Gesundheitsdienste sowie flächendeckende Impfkampagnen gegen sechs verbreitete Krankheiten: Polio, Diphtherie, Keuchhusten, Masern, Tetanus und Tuberkulose.

Ziel 5. Gesundheit der Mütter

verbessern: Schätzungen zufolge sterben eine halbe Million Frauen jährlich an den Folgen einer Schwangerschaft oder Geburt, etwa jede Minute eine. Weil das aufgrund der heutigen medizinischen Kenntnisse vermeidbare Todesfälle sind – die Weltgesundheitsorganisation spricht von einer „unsichtbaren Epidemie“ –, soll diese Zahl bis 2015 um drei Viertel vermindert werden. Hauptursache dafür, dass Schwangerschaften in vielen Ländern eine Gefahr für das Leben von Frauen darstellen, ist der Mangel an Aufklärung und an medizinischer Betreuung für Schwangere. Mehr als die Hälfte aller Frauen entbindet ohne die Hilfe eines Arztes oder einer Hebamme. Viele Frauen haben nur wenig Möglichkeiten, über Sexualität und Familienplanung mitzuentcheiden. Um diese Sterblichkeit entsprechend zu senken, bedarf es vor allem einer für Schwangere und junge Mütter zugänglichen und bezahlbaren medizinischen Grundversorgung.

Ziel 6. HIV/AIDS, Malaria und andere Infektionskrankheiten bekämpfen

Krankheiten wie HIV/AIDS sind in einigen Ländern längst zu einem ernstzunehmenden Entwicklungshemmnis geworden, indem sie ganze Generationen – meist die mittlere und produktive – regelrecht auslöschen. Abgesehen vom persönlichen Schicksal der Betroffenen gefährdet HIV/AIDS damit auch die Gesellschaft. Aus diesem Grund sollen große Anstrengungen unternommen werden, um die Ausbreitung des HI-Virus, Malaria und anderer schwerer Krankheiten bis zum Jahr 2015 zum Stillstand zu bringen und allmählich

umzukehren. Das soll vor allem durch bessere Aufklärung, leichteren Zugang zu Kondomen, mehr Geld für die Forschung und durch eine verstärkte Betreuung der Erkrankten und ihrer Angehörigen geschehen.

Ziel 7. Verbessertes Umweltschutz.

Um die Grundlage allen Lebens nicht für spätere Generationen zu schädigen, soll der Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt werden, der zum ersten Mal beim Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 verankert wurde. Diese Leitlinie gilt es, in die Politik und Programme der Staaten einzuführen, um den Verlust von Umweltressourcen umzukehren. Genauere Vorgaben werden nicht gemacht, gemeint ist aber eine Begrenzung des Verbrauchs fossiler Energieträger, schon wegen der negativen Auswirkungen auf das Klima, sowie der verstärkte Schutz von Wäldern und Gewässern, Fauna und Flora, Luft und Land. Dazu kommt als weiterer Aspekt die Vorgabe, bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte zu senken, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen haben. Das waren noch im Jahr 2000 geschätzte 1,1 Milliarden Menschen oder fast ein Fünftel der Weltbevölkerung. Hier stehen vor allem umweltgerechte Wassermanagementsysteme im Mittelpunkt, die es zu schaffen gilt. Schließlich will man bis 2020 auch noch die Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern erheblich verbessern.

Ziel 8. Eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen.

Das letzte der Ziele ist das umfassendste, weil es die finanzielle, organisatorische und institutionelle Grundlage für alle anderen schafft. Dazu gehört ein berechenbares Handels- und Finanzsystem ebenso wie eine weitere Schuldenerleichterung, die Gewährung großzügiger öffentlicher Entwicklungshilfe sowie eine gute Regierungsführung und Armutsbekämpfungsstrategien in den Staaten. Diese Vielzahl von Maßnahmen soll dazu beitragen, tatsächlich eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufzubauen, wie sie vorher nicht existiert hatte.

4. Finanzierung

Im Jahr 2002 traf sich die Staatengemeinschaft im mexikanischen Monterrey, um zusätzliche Quellen zur Entwicklungsfinanzierung zu finden. Denn ohne neue Gelder, daran herrschte von Anfang an kein Zweifel, werden sich die MDGs nicht verwirklichen lassen. Das Ergebnis der Konferenz bestand im so genannten „Monterrey-Konsens“, der einen Teil der Verantwortung für bessere Lebensverhältnisse den Entwicklungsländern übertrug. Sie, so die Übereinkunft, sollten bereit sein, einen hohen Anteil der Verantwortung für die internen Rahmenbedingungen – inklusive Anti-Korruptions-Programmen – zu übernehmen. Im Gegenzug versprachen die entwickelten Länder, ihre öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA) deutlich zu steigern sowie den hoch verschuldeten Ländern einen Teil ihrer finanziellen Lasten zu nehmen, wenn sie das frei werdende Geld für den Kampf gegen die Armut nutzten. Die Länder der Europäischen Union (EU) stellten in Monterrey eine ODA-Steigerung auf 0,39 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis zum Jahr 2006 in Aussicht. Die USA versprachen eine Erhöhung von fünf Milliarden Dollar innerhalb von drei Jahren. Im Sommer 2005 wurden nach Angaben des BMZ weltweit etwa 78 Milliarden Dollar dafür aufgewendet (zum Vergleich: für Rüstungsgüter etwa eine Billion Dollar). Schätzungen zufolge wäre aber jährlich das Doppelte nötig, um die Ziele zu erreichen.

Die Länder der EU haben deshalb im Frühjahr 2005 einen Stufenplan beschlossen, nach dem die ODA zunächst auf 0,51 Prozent im Jahr 2010 und bis 2015 auf 0,7 Prozent erhöht werden soll. Dies würde jährlich allein aus der EU etwa 20 Milliarden Euro mehr für Entwicklungshilfe aufbringen. Derzeit erfüllen das Ziel weltweit nur fünf Länder: Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden. Deutschland hat sich für 2006 auf 0,33 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verpflichtet und will die Quote dann langsam auf 0,7 Prozent steigern.



Die ehemalige niederländische Ministerin für Entwicklungshilfe Eveline L. Herfkens wurde von UN-Generalsekretär Kofi Annan zur Exekutiv-

koordinatorin berufen und leitet die Kampagne zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Die globale Initiative trägt den Namen „No Excuse 2015!“ und hat auch in Deutschland ein Büro.

Kontakt: Dr. Renée Ernst,
Görresstr. 15, 53113 Bonn,
info@millenniumcampaign.de

Entlastung erhalten manche Entwicklungsländer auch durch Schuldenerleichterungen. Solche Programme, bei denen der so entstandene finanzielle Spielraum für soziale Entwicklung genutzt wird, gibt es schon seit Jahren. Allerdings konnten sich viele Länder aus unterschiedlichen Gründen nicht dafür qualifizieren. Im Sommer 2005 haben die sieben führenden Industrienationen plus Russland (G-8) bei ihrem jährlichen Treffen beschlossen, 18 weiteren Staaten – bei entsprechender Gegenleistung – einen Erlass ihrer Schulden zu gewähren. Dadurch entsteht neuer finanzieller Spielraum in diesen Ländern.

Doch da die Haushaltslage in den meisten Industriestaaten angespannt ist, gibt es seit einiger Zeit Überlegungen, ob nicht noch ganz andere, innovativere Finanzquellen für den Ausgleich zwischen Nord und Süd aufzuspüren seien. Manche Experten plädieren für eine Steuer auf grenzüberschreitende Finanztransaktionen („Tobin-Tax“), andere für Abgaben auf Flugtickets, Flugbenzin oder Schifffrachten. Doch die Idee, internationale Steuern zur Finanzierung sozialer Entwicklung einzuführen, ist bisher nicht einmal innerhalb der Europäischen Union konsensfähig, erst recht nicht international. Solche Vorschläge werden bedacht, diskutiert, ausgewertet, aber im Moment höchstens von einer kleinen Gruppe von Ländern ernsthaft in Betracht gezogen. Die Meinungsunterschiede über Nutzen und Schaden sind – bisher jedenfalls – noch zu groß.

5. Bedeutung für die Entwicklungspolitik

Seit ihrer Einführung im Jahr 2000, zunächst in der Millenniums-Erklärung, ein Jahr später im „Kompass“ zur Umsetzung der Ziele, bilden die MDGs den Rahmen für die internationale Entwicklungspolitik. Sie sind damit zum Leitfadens für alle befassten UN-Organisationen geworden, haben aber auch die nationalen Entwicklungspolitiken auf Jahre hinaus geprägt und werden von der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds sowie Nichtregierungsorganisationen anerkannt. Diese Akzeptanz ist auch dem persönlichen Einsatz des Generalsekretärs zu verdanken. Nur selten vergisst Kofi Annan bei öffentlichen Auftritten, für die MDGs zu werben. Sie gehören zu seinen zentralen politischen Zielen und sind wahrscheinlich das Gebiet, auf dem er als Generalsekretär die größten Erfolge zu verzeichnen hat, auch wenn sie nach jetzigem Stand – zumindest in Afrika – klar verfehlt

werden. Wenigstens arbeitet man in diese Richtung und treibt Entwicklungsprozesse voran.

Viele Regierungen haben mittlerweile ihre Entwicklungspolitik an den Millenniumszielen ausgerichtet, so auch die Bundesregierung, die bereits im Jahr 2001 einen „Aktionsplan 2015“ verabschiedet hat. Darin wird aufgezeigt, welchen Beitrag Deutschland zur Erreichung der MDGs, vor allem bei der Armutsbekämpfung, zu leisten gedenkt. Letzteres ist, wie Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul im Vorwort schreibt, „ein wichtiger Bestandteil ihrer gesamten Politikgestaltung. In der Entwicklungspolitik ist Armutsbekämpfung eine überwältigende Aufgabe. Darauf zielen wir in allen Bereichen unserer Arbeit.“ Dies geschieht in der Annahme, dass soziale Ungleichheiten immer auch ein Sicherheitsrisiko darstellen, in erster Linie für das Land oder eine Region selbst, aber in einer globalisierten Welt zunehmend auch für andere Erdteile. Armut, meint die Ministerin, „geht alle an“, da auch die Industriestaaten auf Dauer nur

Kasten 1

Die Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

„Neben den quantitativen Aspekten der Entwicklungszusammenarbeit befassten sich die Regierungen beim UN-Gipfel [im September 2005, die Red.] auch mit der Qualität der Entwicklungshilfe. Sie wiesen dabei hauptsächlich auf die Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (Paris Declaration on Aid Effectiveness), die im März 2005 von rund 90 Industrie- und Entwicklungsländern verabschiedet worden war. Diese Erklärung enthält konkrete Verpflichtungen, die Hilfe zu harmonisieren und besser an die Entwicklungsstrategien der Empfängerländer anzupassen, Transaktionskosten und bürokratische Verfahren zu reduzieren, Lieferbindungen aufzuheben, und die Rechenschaftspflicht von Geber- und Empfängerregierungen gegenüber der betroffenen Bevölkerung und den Parlamenten zu stärken.“

Um Fortschritte bei der Verwirklichung der Verpflichtungen zu messen, enthält die Pariser Erklärung eine Liste von 12 Zielen (einschließlich der dazugehörigen Indikatoren), die bis zum Jahr 2010 verwirklicht werden sollen. Um die Transparenz der Finanzflüsse zu erhöhen und die Integration der Hilfe in die nationalen Entwicklungsstrategien sicherzustellen, sollen bis 2010 mindestens 85 Prozent der ODA-Mittel, die in den staatlichen Sektor fließen, im Staatshaushalt des jeweiligen Empfängerlandes verbucht werden. Mindestens 75 Prozent der ODA sollen im Rahmen ein- oder mehrjähriger Zeitpläne ausgegeben werden, um die Vorhersehbarkeit der Zahlungsflüsse für die Empfänger zu erhöhen. Der Anteil der ODA, die nicht an Lieferungen und Leistungen von Unternehmen des Geberlandes gebunden sind, soll bis 2010 kontinuierlich erhöht werden. Schließlich sollen die Geber in fünf Jahren mindestens 25 Prozent der ODA im Rahmen von Programmhilfe (anstelle von kleinteiliger Projektunterstützung) ausgeben.“

Quelle: Martens 2005

unbehelligt und in Wohlstand leben könnten, wenn „die bittere Armut in weiten Teilen der Welt eingedämmt wird“.

Trotz der allgemeinen Akzeptanz haben die MDGs auch Skeptiker auf den Plan gerufen. Sie bemängeln einerseits die starke Ausrichtung auf diese acht Ziele, obwohl auch andere Faktoren – etwa Abrüstung – von entwicklungspolitischer Bedeutung wären. Sie kritisieren ferner die besondere Zuwendung für die ärmsten Staaten, obwohl Länder mit mittlerem Einkommen ebenfalls Nachholbedarf hätten und sich zunehmend übergangen fühlen. Schließlich werden grundsätzliche Bedenken geäußert, ob die Gleichung: „mehr Entwicklungshilfe = weniger Armut“ tatsächlich aufgeht. Nach kontroversen Debatten auf dem Weltgipfel im Herbst 2005, bei denen der Nutzen der MDGs zum Teil ernsthaft in Frage gestellt wurde, hat die Staatengemeinschaft sie am Ende aber doch als gemeinsame Basis für die Entwicklungspolitik bekräftigt und versprochen, weiter auf ihre Umsetzung hinzuwirken. Dass in diesem Zusammenhang auch die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern ist, gilt spätestens seit der „Pariser Erklärung“ vom März 2005 als weithin anerkannt (siehe Kasten 1).

6. Zwischenstand nach fünf Jahren

Fünf Jahre nach dem Millenniums-Gipfel zeigt sich ein gemischtes Bild bezüglich der MDGs. Es bestehen große Unterschiede innerhalb einzelner Länder und erhebliche Disparitäten zwischen ihnen. Viele Staaten sind auf einem guten Weg, um zumindest einige der Ziele bis 2015 zu erreichen. Andere liegen weit zurück. Besonders dramatisch ist die Lage in Afrika südlich der Sahara, das sich in einer Abwärts-spirale von HIV/AIDS, sinkender Nahrungsmittelproduktion pro Kopf, verschlechterten Wohnbedingungen und zunehmender Umweltzerstörung befindet, so dass die meisten Länder dort die Ziele nach heutigem Stand verfehlen werden. Andererseits ist Nordafrika bezüglich Ziel 1 auf

einem guten Weg, auch Südostasien und Südasien haben dabei beachtliche Fortschritte erzielt, Ostasien hat die Vorgaben sogar schon erreicht und in Lateinamerika leiden deutlich weniger Menschen Hunger als früher. Insgesamt aber genügen die bisherigen Anstrengungen nicht, wenn die Vorgaben bis 2015 erreicht werden sollen.

Ziel 1: Die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen verringerte sich um etwa 130 Millionen. In den nächsten Jahren müssten noch zwischen 300 und 400 Millionen aus der größten Not befreit werden, um die Marge zu erreichen. Der Anteil unterernährter Menschen geht in den meisten Weltregionen langsam zurück: Westasien, Ozeanien und die asiatischen GUS-Staaten bilden die Ausnahme; dort hat ihr Anteil in den vergangenen zehn Jahren sogar zugenommen. Im südlichen Afrika haben einige Länder Fortschritte gemacht, aber insgesamt ist das Ausmaß der Unterernährung unverändert hoch.

Ziel 2: Bei der Grundschulbildung verzeichnen fast alle Regionen Fortschritte, aber Afrika südlich der Sahara sowie Südasien sind noch beträchtlich im Rückstand. Zudem sind die Unterrichtsbedingungen in den meisten Entwicklungsländern weiterhin erschreckend schlecht.

Ziel 3: Die Gleichstellung von Männern und Frauen bleibt ein unerfülltes Ziel, nicht nur in den Entwicklungsländern. Fast überall auf der Welt geht es Frauen im Durchschnitt schlechter als Männern, haben sie weniger Rechte und schlechtere Zugangsbedingungen zu Bildung und anderen Ressourcen.

Ziel 4: Die Kindersterblichkeitsraten sind generell zurückgegangen, aber in vielen Regionen hat sich der positive Trend verlangsamt, und in der GUS wurden sogar Rückschläge verzeichnet. Auch Westasien und Ozeanien weisen nur begrenzt Fortschritte auf, während in Afrika südlich der Sahara die Kindersterblichkeit nach wie vor extrem hoch ist.

Ziel 5: Die Müttersterblichkeit ist in jeder Weltregion nach wie vor unannehmbar hoch und hat sich seit dem Jahr 2000 wenig verändert. Daran zeigt sich nicht zuletzt, wie gering die öffentliche Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse von Frauen noch immer ist.

Ziel 6: Etwa 40 Millionen Menschen sind heute von HIV/AIDS betroffen. Im südlichen Afrika herrscht eine Pandemie. In allen anderen Entwicklungsregionen stellt das Virus eine ernsthafte Bedrohung dar. In Verbindung mit HIV/AIDS steigt außerdem die Zahl der Tuberkulose-Patienten weiter an. Malaria ist nach wie vor eine Gesundheitsgefahr in vielen tropischen Regionen und in Afrika südlich der Sahara ebenfalls pandemisch.

Ziel 7: Der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Trinkwasser ist deutlich gestiegen. Die meisten Regionen befinden sich hier auf gutem Weg, mit Ausnahme Afrikas südlich der Sahara, Ozeaniens und der ländlichen Gebiete in den meisten Regionen. Wenig oder keine Fortschritte wurden dagegen bei der Zahl der Slumbewohner registriert. Zudem ist die Welt im Rückstand bei der Versorgung mit sanitären Einrichtungen. Auch haben alle Entwicklungsregionen im ver-

Kasten 2

Kleiner Erfolg: Bildung in Tansania

Obwohl Afrika als Ganzes den größten Nachholbedarf in Sachen Entwicklung hat und am weitesten von der Erreichung der MDGs entfernt ist, gibt es auch dort Erfolgsgeschichten zu vermelden. Zum Beispiel bei der Bildung: „Im Jahr 2001 erhöhte Tansania seinen Bildungsetat um 130 Prozent und schaffte die Schulgebühren ab. Die Zahl der Grundschul Kinder ist dadurch um 50 Prozent gestiegen. Die Nettoeinschulungsquote hat sich von 59 Prozent auf nahezu 90 Prozent erhöht. Die Zahl der eingeschulten Mädchen ist so hoch wie die der Jungen. Mehr als 30 000 neue Klassenzimmer wurden gebaut, etwa 18 000 Lehrkräfte wurden eingestellt, und den Schulen wurden mehr als 9 000 Unterrichtssätze für den Naturwissenschaftsunterricht bereitgestellt.“

Quelle: Sachs-Bericht 2005

gangesen Jahrzehnt zusätzliche Umweltbelastungen erfahren, die sich weiter verschlimmern könnten. Viele Länder sind mit großen Problemen konfrontiert, weil ihre natürlichen Ressourcen immer stärker ausgebeutet und geschädigt werden.

Ziel 8: Neben organisatorischen Veränderungen, einem faireren Handelssystem, über das im Dezember 2005 in Hongkong erneut erfolglos verhandelt wurde, spielt bei Ziel 8 die Mobilisierung zusätzlicher Mittel in den betroffenen Ländern selbst und vonseiten der Industriestaaten eine zentrale Rolle. Nach UN-Berechnungen wäre an öffentlicher Entwicklungshilfe im Jahr 2006 insgesamt ein Betrag von 135 Milliarden Dollar nötig (derzeit 78 Milliarden Dollar), der bis zum Jahr 2015 auf 195 Milliarden Dollar und damit auf knapp das Zweieinhalbfache steigen sollte. Davon allerdings ist die Welt heute noch weit entfernt, auch wenn die öffentliche Hilfe im Jahr 2000 noch knapp 53 Milliarden Dollar betrug und damit in den vergangenen fünf Jahren deutlich zugenommen hat.

Dennoch werden zahlreiche Länder, die meisten davon in Afrika südlich der Sahara, die Ziele bei der jetzigen Geschwindigkeit deutlich verfehlen oder zu spät erreichen. Die Zahl

der in extremer Armut Lebenden wird im Jahr 2015 immer noch viel zu hoch liegen, gleich ob aus moralischer, menschenrechtlicher, ökonomischer oder sicherheitspolitischer Sicht (siehe Kasten 3).

Auch nach dem *Bericht über die menschliche Entwicklung 2005* sind die meisten Länder keineswegs auf Kurs. Die Welt steuert demzufolge im Bereich der menschlichen Entwicklung auf ein sich deutlich abzeichnendes Desaster zu – ein Desaster, das verbesserte internationale Zusammenarbeit verhindern könnte. Extreme Ungleichheit zwischen Ländern und innerhalb von Ländern wird als eines der größten Hindernisse für die menschliche Entwicklung ermittelt – und als starke Bremse für beschleunigte Fortschritte auf dem Weg zum Erreichen der MDGs. Reiche Länder dürfen sich demnach nicht auf ermutigende Appelle beschränken, sondern müssen ihre politischen Handlungskonzepte an die Verpflichtungen anpassen, die sie in der Millenniums-Erklärung eingegangen sind.

7. Ausblick

Selbst wenn der Zwischenstand nach 5 Jahren keinen Anlass zu überzogenem Optimismus gibt, hält Jeffrey Sachs – bekannter Ökonomieprofessor und Sonderberater des Generalsekretärs für die MDGs –, es immer noch für möglich, die extreme Armut bis 2015 zu halbieren. „Die erforderlichen Voraussetzungen dafür sind in der Weltgemeinschaft vorhanden: bewährte Technologien, politische Strategien, Finanzmittel und – was am wichtigsten ist – der menschliche Mut und das menschliche Mitgefühl.“ Ganz ähnlich meint Kofi Annan: „Wir haben genug Zeit, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen, aber nur, wenn wir mit dem ‚business as usual‘ brechen.“ Der Aufruf des UN-Generalsekretärs ist eindeutig: Nun ist es dringend notwendig, dass die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ihren Willenserklärungen Taten folgen lassen.

Weiterführende Literatur und Internet-Adressen

- „Aktionsprogramm 2015. Armut bekämpfen. Gemeinsam Handeln. Der Beitrag der Bundesregierung zur Halbierung der weltweiten Armut.“ Bonn 2001.
- Bauer, Friederike: „Kofi Annan. Ein Leben.“ S. Fischer Verlag. Frankfurt am Main 2005.
- Bericht über die Menschliche Entwicklung. Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt: Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt. Berlin 2005.
- Dikhanov, Yuri: Trends in Global Income Distribution. 1970-2015. New York 2005.
- „Follow-up to the outcome of the Millennium Summit.“ UN-Dokument A/60/L.1 vom 20. September 2005.
- „In die Entwicklung investieren. Ein praktischer Plan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele.“ (Sachs-Bericht). New York 2005.
- Martens, Jens: Die Entwicklungsagenda nach dem Millennium+5-Gipfel 2005. Eine Checkliste unerledigter Aufgaben. Briefing Paper der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Global Policy Forums Europe, 2005. <http://www.globalpolicy.org/eu/de/publ/fespaper5nachdemgipfel2005.pdf>
- Messner, Dirk; Nuscheler, Franz (Hrsg.): „Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion“. Institut für Entwicklung und Frieden. Bonn 1996.
- „Road map towards the implementation of the United Nations Millennium Declaration. Report of the Secretary-General.“ (Kompass) UN-Dokument A/56/326 vom 6. September 2001.
- „United Nations Millennium Declaration.“ UN-Dokument A/Res/55/2 vom 18. September 2000.
- „Wir die Völker“: Die Rolle der Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert. Bericht des Generalsekretärs. UN-Dokument A/54/2000 vom 27. März 2000.

www.millenniumcampaign.de
www.un.org/millenniumgoals
www.aktionsprogramm2015.de
www.dgvn.de/publikationen

Der Bericht über die menschliche Entwicklung 2005 und andere UN-Publikationen sind zu beziehen über den UNO-Verlag, August-Bebel-Allee 6, D-53113 Bonn, info@uno-verlag.de

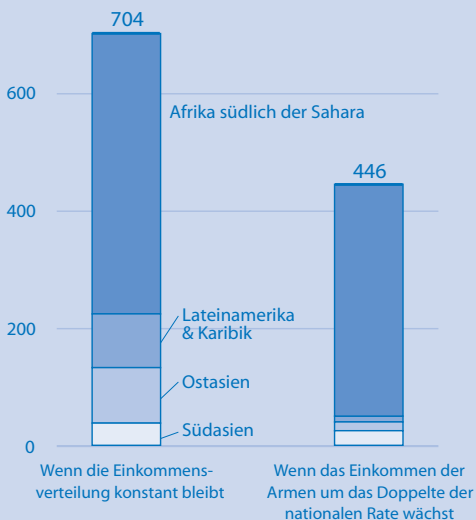
Text: Friederike Bauer

Redaktion: Dr. Alfredo Märker
 Robert Czech

Stand: Januar 2006

Kasten 3 Extreme Armut – zwei Szenarien für 2015

Anzahl in extremer Armut lebender Menschen (Millionen)



Hinweis: Extreme Armut bezieht sich auf eine Armutsgrenze von 700 \$ pro Jahr (Ausgabe für den persönlichen Konsum)
 Quelle: Dikhanov 2005.